

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 21.11.2017
Sitzung Nummer:	32 ( OULA/32/2017)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:15 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

---

Uwe Klemm  
Vorsitzender

---

Tina Buchmann  
Protokollführung

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Herr Uwe Klemm

#### Mitglieder

Frau Susanne Bohlander  
Herr Wolfgang Kühnel  
Herr Bodo Ladwig  
Herr Torsten Müller  
Herr Marcus Schreiber

#### Stellvertreter

Frau Christel Güldenpfennig

in Vertretung für Herrn Peter Krüger

#### sachkundige Einwohner

Herr Dr. Ringhard Friedrich  
Herr Dr. Peter Neuhäuser  
Herr Armin Wernicke

#### Protokollführer

Frau Tina Buchmann

#### von der Verwaltung

Herr Stefan Feder  
Herr Dr. Denis Gruber  
Frau Susanne Hoppe  
Frau Dr. Nadine Lorenz  
Herr Markus Mösenthin  
Herr Michael Schneider

#### Teilnehmer

Herr Hendrik Galster

ALS Dienstleistungsges. mbH

### **Abwesend:**

#### Mitglieder

Herr Peter Krüger

#### sachkundige Einwohner

Herr Marcus Schober  
Herr Manfred Schulz

#### von der Verwaltung

Herr Sebastian Stoll

### **Tagesordnung:**

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
  - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
  - 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
  - 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 30. Sitzung des Ausschusses vom 24.10.2017
  - 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018  
BE: Frau Hoppe  
Vorlage: 380/2017
  - 5.1 Bericht Haushalt: Ordnungsamt  
BE: Herr Stoll
  - 5.2 Bericht Haushalt: Umweltamt  
BE: Herr Dr. Gruber
  - 6 Satzung für die Erhebung eines Kostenersatzes für Dienst-, Sach- und Prüfleistungen der Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ), der Einsatztechnik sowie für Leistungen der Einheiten für besondere Einsätze des Landkreises Stendal  
Vorlage: 440/2017
  - 7 Stellungnahme des Landkreises Stendal zur Landesverordnung über die NATURA 2000-Gebiete im Land Sachsen-Anhalt  
Vorlage: 437/2017
  - 8 LVP-Entsorgung ab 2018 unter dem Ausschreibungsführer Landbell AG  
Vorlage: 441/2017
  - 9 Anfragen und Anregungen
- 

### **Protokoll**

#### **zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

**Herr Klemm**, Vorsitzender des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz, eröffnet die 32. Sitzung des Fachausschusses. Er begrüßt die Kreistagsmitglieder und sachkundigen Einwohner, die Mitarbeiter der Verwaltung, Herrn Dr. Gruber, Frau Buchmann, Frau Hoppe, Frau Dr. Lorenz, Herrn Feder, Herrn Mösenthin und Herrn Schneider, die anwesenden Gäste und die Presse.

#### **zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Klemm** stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

#### **zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

**Herr Klemm** erkundigt sich bei den Anwesenden, ob es Änderungsanträge zur Tagesordnung gibt. Tagesordnungspunkt 6 wird von der Verwaltung von der Tagesordnung genommen. Das wird in einer der nächsten Sitzungen beraten. Die Tagesordnung wird sodann festgestellt.

**zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 30. Sitzung des Ausschusses vom 24.10.2017**

**Herr Klemm** stellt den öffentlichen Teil der Niederschrift der 30. Sitzung des Ausschusses vom 24.10.2017 fest, da es keine Einwendungen seitens der Anwesenden gibt.

**zu TOP 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018**  
**BE: Frau Hoppe**  
**Vorlage: 380/2017**

**Herr Klemm** bittet Frau Hoppe um ihre Ausführungen und Herrn Schneider sowie Herrn Dr. Gruber um entsprechende Ergänzungen für das Ordnungs- bzw. Umweltamt.

**Frau Hoppe** trägt zum „Haushaltsplanentwurf 2018“ anhand einer Power-Point-Präsentation vor, die der Niederschrift als Anlage TOP 5 beigelegt und im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt ist.

Die Ausführungen werden entsprechend ergänzt durch Herrn Schneider für das Ordnungsamt und Herr Dr. Gruber für das Umweltamt.

**Herr Klemm:** Frage zur Leitstelle. Es ist vorgesehen dort eine Stelle abzubauen?

**Herr Schneider:** Nein, es wird keine Stelle abgebaut. Der Schlüssel für die Leitstelle steht.

**Herr Klemm:** Die Frage kam gestern bei uns in der Fraktionssitzung. Im Stellenplan ist da so drin. Wir hatten doch streckenweise mit dem Personal da ein paar Probleme und darum kam jetzt die Frage, warum wird da jetzt eine Stelle in der Leitstelle abgebaut?

**Frau Hoppe:** Im Eckdaten-Stellenplan, ist es jetzt drin, dass ein Disponent rausgeht. Den Grund kann ich jetzt nicht sagen, müsste man nachliefern.

**Herr Schneider:** Ist mir neu. Das müssen wir prüfen.

**Herr Klemm:** Ja, bitte nachfragen und dann kurze Rückinfo.

**Herr Müller:** Leasing wird jetzt nur für Fahrzeuge gemacht oder ist jedenfalls angedacht. Kann man das noch erweitern auf andere Produkte? Das würde den Haushalt wahrscheinlich auch ein bisschen entlasten.

**Frau Hoppe:** Wir leasen z.B. auch PCs nicht nur Fahrzeuge.

**Herr Müller:** Und was ist die Feuerschutzsteuer?

**Herr Schneider:** Wir sind Eigentümer von einem Wohngebäude und müssen eine Feuerversicherung bezahlen. Diese wird abgeführt, da gibt es eine Zentralkasse und da werden die Mittel anteilmäßig, weil der Bürger für sein Haus Feuerschutz verlangen kann, er bezahlt ja dafür, zurückgezahlt an die Kommunen, die die an die Feuerwehren geben, oder an den Landkreis, damit der Feuerschutz oder das Löschen sichergestellt werden kann. Das ist sozusagen ein Kreislauf. Früher gab es zwei Monopolversicherungen. Man hat das 1994 einheitlich für alle Versicherungen geregelt. Das nennt sich Feuerschutzsteuergesetz.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, schließt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt.

zu TOP 5.1 Bericht Haushalt: Ordnungsamt  
BE: Herr Stoll

zu TOP 5.2 Bericht Haushalt: Umweltamt  
BE: Herr Dr. Gruber

zu TOP 6 Satzung für die Erhebung eines Kostenersatzes für Dienst-, Sach- und Prüfleistungen der Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ), der Einsatztechnik sowie für Leistungen der Einheiten für besondere Einsätze des Landkreises Stendal  
Vorlage: 440/2017

entfällt

zu TOP 7 Stellungnahme des Landkreises Stendal zur Landesverordnung über die NATURA 2000-Gebiete im Land Sachsen-Anhalt  
Vorlage: 437/2017

**Herr Klemm:** Die Stellungnahme liegt vor. Wir haben gestern in der Fraktionssitzung schon einmal kurz drüber geschaut. Ich habe mich auch ein bisschen mit beschäftigt und muss sagen, hier wurde eine recht ordentliche Arbeit gemacht. Wir wollen heute eigentlich die Gelegenheit nutzen, diese Sache jetzt einfach rauszugeben, dass in den Fraktionen noch einmal diskutiert wird und dann am 06.12.2017 wird eine gemeinsame Sitzung des Umwelt- und Ordnungsausschusses, Bauausschusses und Wirtschaftsförderungsausschusses durchgeführt. Dann im großen Saal. Wo dann noch mal ganz speziell Fragen gestellt und durch die Ausschussmitglieder auf diese Stellungnahme eingegangen werden kann, um eventuell noch Veränderungen dort reinzubringen aus Sicht der einzelnen Fraktionen und der einzelnen Ausschüsse.

Ich weiß nicht, ob Sie alle schon in Besitz dieser Unterlagen sind. Bitte intensiv lesen, noch mal Rücksprache halten, wer Fragen hat. Die Verwaltung hat vorgeschlagen hier noch mal diese gemeinsame Sitzung zu machen, so dass auch alle Kreistagsmitglieder Zeit haben sich damit zu beschäftigen.

Gibt es dazu jetzt schon Anregungen oder Fragen?

**Frau Bohlander:** Ich finde einiges da drin sehr gut als Anregungen, vor allem was die einzelnen Gebiete angeht. Mir fehlt zum einen eine prinzipielle Wertschätzung der NATURA 2000-Verordnung. Ich denke, die gehört auch in so eine Stellungnahme mit rein. Also dass der Landkreis prinzipiell diese Ausweisung von NATURA 2000-Gebieten befürwortet und wertschätzt, dass es so viel erhaltenswerte Natur im Landkreis gibt. Denn zum einen ist es ja für unsere eigene Lebensqualität und für die Lebensqualität der folgenden Generationen wichtig und zum anderen ist es auch ein Wirtschaftsfaktor, denn die Touristen, vor allem die Radtouristen, kommen hierher, weil sie vor allem diese wertvolle und schützenswerte Natur gutfinden. Also ich denke, so ein Passus sollte schon am Anfang mit rein.

Es gab viele gute Hinweise. Es gab aber auch einiges, was ich nicht verstanden habe, an wertenden Aussagen, die jetzt nicht weiter begründet wurden. Wo ich mich frage, wieso die da drin stehen. Insbesondere zum Thema Tourismus und Wirtschaftsförderung gibt es einen Passus zum Thema Radwege, wo ich denke, der müsste einfach gestrichen werden, weil er keinen Sinn macht. Ich weiß nicht, ob ich das hier schon einmal erläutern soll oder ob wir das auf die gemeinsame Sitzung vertagen? Soll ich das kurz erläutern?

**Herr Dr. Gruber:** Ja, bitte.

**Frau Bohlander:** Auf Seite 4, das ist der Beitrag vom Straßenbauamt, sie verweisen sehr richtig auf den besonderen Stellenwert des Radtourismus als Wirtschaftsfaktor usw. und erwähnen dann auf Seite 5 oben: Die Unterhaltung und Sanierung der im Schutzgebiet vorhandenen überregionalen Radwege ist gemäß § 18 der Verord-

nung erlaubt. Einige Sätze weiter unten werden die Befahrungs- und Nutzungsverbote erwähnt und dass die Verordnung dadurch die touristische Entwicklung gefährdet. Das hat mich doch sehr gewundert, weil von einem Benutzungs- und Befahrungsverbot ist doch gar nicht die Rede in der Verordnung.

**Herr Klemm:** Wenn Sie aber in die Anlage gucken, zu den einzelnen Schutzgebieten, kann es durchaus schon mal sein, dass dort in den Anlagen steht, dass bestimmte Bereiche nicht zu betreten und zu befahren sind.

**Frau Bohlander:** Gut, aber die Nutzung der vorhandenen Radwege ist ja gemäß sowieso erlaubt. Also gibt es doch da gar keine Befürchtungen, dass die Radwege nicht erlaubt werden könnten.

**Herr Dr. Gruber:** Das wird geprüft.

**Frau Bohlander:** Danke.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, beendet der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt.

#### **zu TOP 8 LVP-Entsorgung ab 2018 unter dem Ausschreibungsführer Landbell AG Vorlage: 441/2017**

**Herr Klemm** bittet Herrn Dr. Gruber um seine Ausführungen zum Thema.

**Herr Dr. Gruber:** Ich möchte über den aktuellen Stand berichten der Verhandlungsführungen mit der Landbell AG bezüglich der Entleerung der Gelben Tonnen ab dem 01.01.2018 bis Ende 2020. Wir haben das letzte Mal gesagt, dass die Landbell AG der Ausschreibungsführer für die Gelben Tonnen ist. Daraufhin hat sich die Firma Recycling aus Harsleben durchgesetzt. Wir hatten in den vergangenen zwei Wochen das Gespräch mit der Firma Landbell gehabt und wollten uns heute mit Ihnen über die vier Punkte „Wesentliche Inhalte“, die offen waren, verständigen. Die finden Sie auch auf der Mitteilungsvorlage wieder. Wir haben am kommenden Montag ein abschließendes Gespräch mit der Firma Landbell und mit dem Entsorger, um dort offene Fälle, es gibt insgesamt noch circa zehn Fälle, zu klären. Da es auch ein Anliegen von Landbell selbst ist, ich zitiere, „mit keinerlei Vorbelastung ins neue Jahr 2018 zu starten“. Das heißt, dort sollen abschließend die Fälle, die noch offen sind, geklärt werden. 2018 übernimmt dann Landbell im Vertragsgebiet Landkreis Stendal die Entsorgung der Gelben Tonnen.

**Herr Dr. Gruber** berichtet im Folgenden anhand einer Power-Präsentation über die vier Punkte, die noch offen waren.

Die Präsentation ist der Anlage als TOP 8 beigefügt und im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

**Herr Klemm** bedankt sich für die Ausführungen und erkundigt sich bei den Anwesenden, ob es Fragen dazu gibt.

**Herr Müller:** Es ist ziemlich viel Optimismus in diesem Schreiben. Es hat drei Jahre nicht geklappt und wir haben wahrscheinlich mit den gleichen Leuten zu tun. Warum soll es jetzt auf einmal besser werden?

**Herr Dr. Gruber:** Durch die Zusage, die wir durch Landbell erhalten haben.

**Herr Müller:** Die haben wir vorher wahrscheinlich auch gehabt von der anderen Firma?

**Herr Dr. Gruber:** Nein, die war nicht da. Wir hatten ein Vertragswerk, eine sogenannte Abstimmungsvereinbarung. Die wurde einseitig nicht eingehalten zum größten Teil.

**Herr Müller:** Aber wir haben hier mit den gleichen Leuten zu tun?

**Herr Dr. Gruber:** Nein, Landbell ist nicht DSD.

**Herr Müller:** Nee, der Entsorger.

**Herr Dr. Gruber:** Das liegt im Auftrag der Landbell AG den Entsorger an der Leine zu halten.

**Herr Klemm:** Der Ausschreibende hat da schon Möglichkeiten, was zu tun.

**Herr Müller:** Hoffentlich schöpft er die aus.

**Herr Dr. Neuhäuser:** Mir geht es noch mal um die Befahrbarkeit von Straßen. Dazu haben wir mehrfach diskutiert hier im Ausschuss. Wie ist das mit den öffentlich-rechtlich gewidmeten Straßen im kommunalen Bereich? Also Stichwort Tangermünde: Da war es in der Vergangenheit so, dass eine ganze Reihe von Beräumungen und Abfahren nicht stattgefunden haben unter dem Verweis, dass links und rechts geparkt wurde, obwohl die Straßen so breit sind, dass selbst Betriebsgrundstücke befahren werden. Ist das geregelt, weil hier nur auf die Stich- und Privatstraßen Bezug genommen wird? Gibt es zur Befahrbarkeit der öffentlich-rechtlichen Straßen im kommunalen Bereich irgendeine Aussage oder entscheidet das zunächst einmal der Entsorger und wir gucken uns das dann an, wie das so läuft?

**Herr Galster:** Wir haben das so geregelt, dass z.B. bei Straßen, die wir in Stendal haben, besteht an dem Tag der Entsorgung Parkverbot. Wird dieses Parkverbot nicht eingehalten, sind die Kommunen dahingehend zu informieren und das läuft auch, dass stellenweise abgeschleppt wird. Also die Entsorgungssicherheit muss gewährleistet sein und man muss auch in dieser Frage dem Entsorger Rechnung tragen bzw. dem Fahrer. Er kann wirklich nur stellenweise reinfahren und wir hatten auch Vorfälle, z.B. in Werben, wo links und rechts geparkt wurde und da würde man selber mit dem LKW nicht reinfahren. Die LKWs sind keine PKWs. Also muss man in diesem Fall dann auch dem Entsorger sagen, der Fahrer hat die Verantwortung für den LKW und er muss sagen: Kann ich reinfahren, gefahrlos ohne Häuser bzw. den Bordstein oder Fahrzeuge auf der Strecke zu beschädigen? Aber gleichzeitig, wenn das Parkverbot eingehalten wird oder abgeschleppt wird, wird dementsprechend entsorgt. Wenn die Fahrzeuge dann noch stehen sollten und der Entsorger informiert uns, dann haben wir den Kontakt zu den Ordnungsämtern, lassen dort abschleppen und dann wird der Entsorger ein zweites Mal dort hinfahren an dem Tag und dann die Entsorgung machen. Aber wenn dort Fahrzeuge stehen und er die Straße nicht befahren kann... es sind auch oft nicht die Anwohner die dort parken, sondern Fremde, die dort stehen. Tangermünde oder Havelberg oder Bismark, die haben nun mal stellenweise Straßen, wenn da ein Fahrzeug steht, kann man mit einem großen LKW nicht reinfahren. Über den Bordstein will er auch nicht fahren, wenn der Bordstein für ein so großes Fahrzeug gar nicht ausgelegt ist. Da muss man beide Seiten dementsprechend verstehen.

**Herr Dr. Neuhäuser:** Die Parkverbotsschilder werden die vorher aufgestellt?

**Herr Galster:** An dem Tag, wo die Entsorgung ist, haben die Ordnungsämter dafür zu sorgen, dass an den Tagen Parkverbot ist.

Ganz einfaches Beispiel, wenn ich vom alten Schlachthof zur Karlsstraße das Stück fahre, Vogelstraße und wie die ganzen Straßen heißen, die auch gerade gebaut werden. Wenn da links und rechts ein Fahrzeug steht, dann komme ich mit dem LKW nicht rein. Da sind die Straßen dementsprechend zu klein. Da gibt es an den Tagen, wo die Entsorgung ist, Parkverbot und das ist auch so im Tourenplan mit den Ordnungsämtern abgesprochen, wann die Entsorgung stattfindet.

**Herr Klemm:** Weitere Anfragen dazu? Dann werden wir das abschließende Gespräch abwarten und dann werden wir sicherlich noch eine entsprechende Vorlage bekommen.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, schließt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt.

## **zu TOP 9 Anfragen und Anregungen**

**Herr Klemm** möchte von den Anwesenden wissen, ob es Anfragen oder Anregungen gibt.

**Frau Bohlander:** Ich möchte kurz darüber informieren, dass aufgrund von unserem Antrag der Fraktion Die Linke/Bündnis 90/Die Grünen wir dann künftig, wenn der nächste Kreistag unseren Antrag auch so beschließt, hier im beratenden Ausschuss eine Einwohnerfragestunde haben werden. Wir fanden, dass es keinen Sinn macht, warum es keine Einwohnerfragestunde geben soll. Zum anderen wird es dann so sein, dass wir eine aktuelle

Debatte wieder einführen werden in den Kreistagssitzungen. Das ist auch Teil unseres Antrages und in unserem Antrag ist auch geregelt das Thema digitale Kommunikation. Also das künftig dann die Unterlagen den Kreistagsmitgliedern elektronisch zur Verfügung gestellt werden, aber Kreistagsmitglieder, die das möchten, die Drucksachen auch nach wie vor in Papierform erhalten. So wird es dann wohl im nächsten Kreistag auch eingebracht werden.

**Frau Güldenpfennig:** Das ist aber jetzt schon so.

**Herr Klemm:** Mit der elektronischen Übergabe und der Papierübergabe ist das jetzt schon so.

**Frau Bohlander:** Ja, aber es soll ab 2019 so sein, dass ausschließlich digital gearbeitet wird. Also die Hauptänderung in diesem Antrag ist die Einwohnerfragestunde, die dann auch bei uns im Ausschuss der Fall sein wird.

**Herr Klemm:** Gibt es weitere Anfragen und Anregungen?

**Herr Müller:** Wie sieht es denn aus mit diesem Boot, dieser Halle? Es stand eben im Haushaltsplan schon drin, dass da was gebaut werden soll. Ist das nun durch?

**Herr Feder:** Es ist noch nicht durch. Es sind Personalabfragen des Landesverwaltungsamtes. Wir müssen da noch etwas nacharbeiten. Wir haben eigentlich grünes Licht, aber es gibt noch ein paar Sachen, die wir nacharbeiten müssen mit den Gemeinden und den anderen, die die Wasserwehren vorhalten. Das machen wir demnächst, der Termin steht schon fest. Das ist der letzte Punkt, der noch offen war beim Landesverwaltungsamt für die Förderung der Halle und dann soll die nächstes Jahr gebaut werden.

**Herr Müller:** Das ist dann auch die definitive Zusage, dass das Boot auch kommt.

**Herr Feder:** Das ist ja ein Konzept und das haben wir eingereicht beim Landesverwaltungsamt. Nur die Halle macht ja keinen Sinn. Die fördern ja keine Halle, wo wir nichts reinstellen. Das ist auch der Grund für das Gesamtkonzept. Sie hatten erst nur die Halle gehabt und die ist auch ziemlich groß. Da wollten sie den Nachweis haben dahingehend, warum so groß. Aber wir sind eben ein Flächenlandkreis mit 400 km Deichen und da liegt die Begründung eigentlich auf der Hand. Aber im Endeffekt brauchen wir die Zusage der Wasserwehren, dass sie diese Boote und LKW, die wir da reinstellen, auch nutzen. Das sind vier Tore. Da kommen zwei Boote, ein LKW mit Hänger, jeweils ein Trailer zu den Booten, wir haben schon die Sandsackfüllmaschine, die da reinkommen soll, wir haben Ballonlampen, die schon da sind, die schon gefördert wurden. Das soll dann da drin stehen und die Halle ist nicht klein. Wir sind die einzigen, die sowas gefördert kriegen. Alle anderen wurden abgelehnt.

Da es keine weiteren Anfragen und Anregungen gibt, beendet der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt und stellt die Nichtöffentlichkeit her.